

SPD-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg

Rede zum Haushalt 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Herr Kistler,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Ludwigsburgerinnen und Ludwigsburger.

Jetzt ist schon viel gesagt worden über die schlechte finanzielle Lage in den nächsten Jahren und das strukturelle Defizit, an dem unser Haushalt leidet. Dem ist nichts hinzuzufügen. Klar, es bleibt die Hoffnung, dass das Defizit am Ende des Haushaltsjahres nicht ganz so groß sein wird wie prognostiziert, wie es auch in den vergangenen Jahren oft so war. Aber darauf können wir nicht bauen.

Wir dürfen aber auch nicht in Panik geraten. Ludwigsburg gehört nach wie vor zu den gut aufgestellten Städten mit niedriger Arbeitslosigkeit und zukunftssicheren Unternehmen. Wir werden die Krisen, die anscheinend immer häufiger über die Welt hinwegziehen, meistern.

Die Stadt muss sparen, das ist klar. Wir werden dabei mit Sicherheit auf einige liebgewonnene Steckenpferde verzichten müssen.

Aber sparen und kürzen ist schwer. 2023 hatten wir uns eine Art Moratorium auferlegt und die Investitionen durchdenken. Ein bisschen haben wir auf den Weg gebracht. In der Verwaltung den Reformprozess „Win-LB“ mit externer Beratung. Hoffentlich liegen da die Kosten nicht über dem Nutzen. Bei den Investitionen ist die Bilanz durchwachsen. Die Sporthalle Ost konnten wir auf 16 Millionen Euro drücken, aber das ist immer noch sehr viel Geld. Und wir - alle - haben das 3 Millionen Euro teure Großspielfeld im Fuchshof beschlossen. Ich komme später noch auf einige Folgekosten zurück. Vollständig gestrichen haben wir bislang kein

Vorhaben, nicht mal ein so unnötiges wie die Lärmschutzwände am Friedhof und am Schützenhaus in Eglosheim. Und ich weiß nicht recht, ob wir wirklich die Kraft aufbringen, die Hallen in Oßweil, Poppenweiler und Grünbühl weitere zehn Jahre zu schieben? Außerdem kommen andere große Vorhaben auf uns zu, die zwingend sind. Stadtbahn und Bahnhof, Verkehrswege. Vielleicht muss die Sternkreuzung ein Provisorium bleiben, ohne Unterführung für die Radler? Grün in der Innenstadt, das Projekt ZIEL. Unsere ehrgeizigen Ziele in der Klimapolitik werden wir sicher nicht erreichen, schon allein weil wenig Förderung kommen wird, jetzt wo dem Bund 60 Milliarden dafür fehlen. Aber wir müssen tun, was machbar ist. Der Ausbau aller Bildungseinrichtungen geht weiter. Genauso wichtig ist es, Wohnraum zu schaffen, den sogenannten „bezahlbaren“ allemal. Auch die Unterbringung und Betreuung der geflüchteten Menschen verursacht hohe Kosten. Aber wir brauchen angesichts des demografischen Wandels geregelte Zuwanderung bis in den Arbeitsmarkt.

Unabhängig davon, dass Sparen und Streichen schwer ist, ist es auch nicht immer richtig. **Wir dürfen die Stadt nicht totsparen.**

Wir tragen Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger, für die städtische Infrastruktur und für die Leistungen, die wir Daseinsvorsorge nennen. Bis hin zu den Veranstaltungen, vom Interkulturellen Fest bis zum Weihnachtsmarkt. **Eine Stadt ohne städtisches Leben wollen wir nicht.**

Um handlungsfähig zu bleiben, müssen wir die Einnahmen verbessern.

Schulden sind keine gute Lösung, vor allem nicht generationengerecht. Sie werden sich zwar nicht vermeiden lassen, aber sie müssen gering bleiben und vor allem Investitionen dienen.

Damit bin ich bei der wahrscheinlichen Hauptfrage der diesjährigen Haushaltsberatungen: Gebühren, Beiträge und Steuern.

Es ist legitim, alle Bürger der Stadt auch an dem Kostenanstieg für das Gemeinwesen zu beteiligen. Allerdings sind wir Sozialdemokraten der Ansicht, dass die Menschen mit breiteren Schultern mehr tun müssen.

Diese Ausgewogenheit fehlt dem Haushaltsentwurf noch. Er sieht allein Erhöhungen der Grundsteuer um 3,4 % und - sogar um 8,5 % - der Beiträge für die Kindertagesbetreuung vor. Die Gewerbesteuer, unsere größte Einnahmequelle, soll dagegen bei 395 Punkten verbleiben. Und dann gibt es hier im Gemeinderat sogar Stimmen, die die Gewerbesteuer gerade jetzt auch noch senken wollen. In dieser Zeit! Soll das zu noch mehr Schulden zwingen?

Einen Haushalt mit so einer Lastenverteilung könnte die SPD nicht mittragen.

Was die Gewerbesteuern und die Kita-Beiträge angeht, liegt der interfraktionelle Antrag der Grünen, der Linken und von uns auf dem Tisch.

5 Hebesatzpunkte mehr bei der Gewerbesteuer sind ohne Weiteres zumutbar. Das sind gerade 1,2 % oder 1,3 Millionen Euro Anstieg. Gewerbesteuern zahlen effektiv nur Kapitalunternehmen, keine Einzelkaufleute und auch keine Personengesellschaften, und das auch nur aus dem Gewinn. Eine höhere Gewerbesteuer gefährdet weder den Fortbestand einer Firma noch Arbeitsplätze. Und gerade auch Unternehmen sind darauf angewiesen, dass ihre Standortkommunen lebenswert sind, gut ausgestattete Kitas und Schulen, eine moderne Infrastruktur und ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot haben. Ohne das kommen keine der dringend benötigten Mitarbeiter nach Ludwigsburg.

Dagegen will die SPD bei den Kitas eigentlich Beitragsfreiheit. Es sind ja frühkindliche Bildungseinrichtungen. Allerdings kriegen wir diese Kostenfreiheit leider nicht aus eigener Kraft hin, solange Bund und Land adäquate Zuschüsse verweigern. Aber Ludwigsburg benötigt dringend neue Kita-Plätze und vor allem qualifizierte

Erzieherinnen und Erzieher. Deshalb sind wir bereit, mit einem Erhöhungsvorschlag von maximal 4 % in die Beratungen zu gehen. Aber nicht 8,5 %. Das sollten die Familien nicht tragen müssen.

Dann haben wir als SPD allein noch einen Antrag zur Grundsteuer gestellt, sie nämlich nicht zu erhöhen, sondern noch ein Jahr bei 445 Hebesatzpunkten zu bleiben. Sicherlich geht es hier insgesamt und auch für den Einzelnen nicht um riesige Beträge. Die geplante Mehrbelastung hätte etwa 600.000 Euro betragen, bei vielleicht 40.000 Haushalten in der Stadt. Aber die Grundsteuer trifft alle Menschen, vor allem auch alle Mieter über ihre Nebenkosten. Sie fragt nicht nach der Leistungsfähigkeit. Und natürlich steht im übernächsten Jahr die große Grundsteuerreform an, deren Auswirkungen noch reichlich unklar sind.

Insgesamt führen diese Anträge - nach unserer Berechnung - weiterhin zu Mehreinnahmen - die wir dringend brauchen.

Das zeigt einer unserer weiteren Anträge. Wir müssen konstatieren, dass wir unsere Kultureinrichtung seit langem vernachlässigt haben. Nicht einmal einen ausreichenden Inflationsausgleich gab es in den letzten Jahren. Jetzt in der Krise fürchten viele um ihr Überleben.

Primär trifft es gerade den Theatersommer. Er steht mitten in einem großen Umbau, den er mit den bisherigen Mitteln nicht finanzieren kann. Aber das ist eine erfolgreiche Kultureinrichtung mit viel Publikumszuspruch und hohem Kostendeckungsgrad. Und mit dem Kindertheater auch eine Bildungseinrichtung. Hier müssen wir in der akuten Notlage helfen.

Generell müssen wir im nächsten Jahr über die Kulturförderung sprechen. Vielleicht können wir nicht alle Einrichtungen auskömmlich unterstützen. Um das zu entscheiden, brauchen wir aussagekräftige Kennzahlen und dann ein Konzept,

wie eine - dauerhaft und auskömmlich finanzierte - Kulturlandschaft in Ludwigsburg noch aussehen kann.

Ein gewisses Gegenbeispiel ist die Sportförderung der Stadt. Sie erscheint uns großzügiger. Klar, den Breitensport unterstützen wir voll und ganz. Aber müssen wir wirklich über unsere städtischen Töchter Sponsoring für Profi-Mannschaften betreiben? Und auch die Investitionskostenzuschüsse für Spielfelder und Vereinsheime sind höher als in anderen Städten und außerdem prozentual an die Kosten gekoppelt. Also anders als bei den Kultureinrichtungen keine strukturellen Einbußen in den letzten Jahren. Mit unserem Antrag zu den Sportflächen am Fuchshof wollen wir da eine Diskussion anstoßen. Das sind zum Teil die hohen Folgekosten des Großspielfelds, wie erwähnt.

Anträge zu Fahrradständern am FSG und dem Weg an der Markgröninger Str.?

Mit diesen Beispielen soll es sein Bewenden haben. Sie zeigen, dass wir in der nächsten Zeit sehr ehrlich über Ausgaben sprechen müssen. Aber eben nicht nur, es muss ein ausgewogener Mix sein, auch bei den Einnahmen. Und wenn wir das schon in den Debatten der nächsten Wochen hinbekommen, dann hoffe ich, dass ein Haushalt entsteht, der im Gemeinderat für alle zustimmungsfähig ist.

Herzlichen Dank!